

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 10

Artikel: Strukturveränderungen statt Almosen
Autor: Renschler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338415>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Strukturveränderungen statt Almosen

Die Industrieländer mit einem Weltbevölkerungsanteil von 34 Prozent verfügen über 87,5 Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes, während sich die Entwicklungsländer mit 66 Prozent der Weltbevölkerung mit 12,5 Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes begnügen müssen. Der Vergleich fällt für die Entwicklungsvölker noch schlechter aus, wenn man ferner die einseitige Einkommens- und Vermögensverteilung in der Dritten Welt mitberücksichtigt; eine meist dünne Oberschicht ist Hauptnutznießer des wirtschaftlichen Potentials; der breiten Bevölkerung bleiben der Hunger und das Elend. In Indien besitzen beispielsweise 12 Prozent der bäuerlichen Familien mehr als die Hälfte des Kulturlandes, und in Brasilien sind 75 Prozent des Bodens in den Händen von nur 10 Prozent der Familien.

Obwohl bereits krasse Unterschiede zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern bestehen, vergrößert sich die Kluft: Relativ betrachtet werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Die folgenden Zahlen illustrieren die bedenkliche Entwicklung:

- Von 1950 bis 1967 stieg das Bruttoinlandprodukt in den Entwicklungsländern pro Jahr und Einwohner durchschnittlich um 2,4 Prozent, in den Industriestaaten um 3,1 Prozent.
- Trotz Zunahme des Welthandels ging der Anteil der Dritten Welt an den Gesamtexporten von 1960 bis 1969 von 21,5 auf 17,9 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum nahmen die Gesamteinfuhren der Entwicklungsländer, gemessen am Total der Weltimporte, von 22,9 Prozent auf 18,9 Prozent ab.
- Die Aussenverschuldung der Entwicklungsländer erhöhte sich von 1961 bis 1968 um 158 Prozent; sie stieg von 21 auf 53,4 Milliarden Dollar. Die Schuldendienstzahlungen der Dritten Welt betragen 1968 rund 4,5 Milliarden Dollar oder über ein Drittel der im gleichen Jahr von den nichtkommunistischen Industrieländern in die Dritte Welt geflossenen Kapitalsumme.
- In den Entwicklungsländern gibt es noch rund 800 Millionen Analphabeten. Nur knapp die Hälfte der Jugendlichen im schulpflichtigen Alter geht zur Schule.
- Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen in der Dritten Welt auf 75 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. In diesem Jahrzehnt wird sich die arbeitsfähige Bevölkerung der Entwicklungsländer um 225 Millionen vergrößern.
- Alle 10 Sekunden wächst die Weltbevölkerung netto um 20 Seelen. Nach Schätzung der UNO wird die Menschheit – ohne massive Geburtenbeschränkung – bis ins Jahr 2000 von gegenwärtig 3,5 auf 6 bis

7 Milliarden Menschen ansteigen. Davon werden drei Fünftel in Entwicklungsländern leben.

Die enormen Probleme, die hinter diesen Zahlen stecken, lassen sich mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Dritten Welt nicht lösen; sie hemmen die Entwicklung und verstärken die Abhängigkeit von den Industrienationen, statt sie zu lockern.

Die Entwicklungsländer sind ausgesprochene Rohstoffproduzenten, und zwar vor allem von landwirtschaftlichen Massengütern. Ferner verfügen sie teilweise über beträchtliche Bodenschätze. 90 Prozent der Exporterlöse der Dritten Welt stammen aus Rohstoffen. Die Landwirtschaft ist durch Monokulturen gekennzeichnet. Die Hälfte der Entwicklungsländer erzielt ihre Exporterlöse aus einem einzigen Rohstoffprodukt.

Die Entwicklungsländer sind in der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Rohstoffe weitgehend auf die Industrieländer angewiesen; diese können daher einen erheblichen Einfluss auf die Preise ausüben. Die sinkende Tendenz der Rohstoffpreise – insbesondere bei landwirtschaftlichen Gütern – wird noch durch die gegenseitige Konkurrenz unter den Entwicklungsländern und die wachsende Verwendung künstlicher Ersatzstoffe (beispielsweise für Zucker, Kautschuk, Jute usw.) verstärkt.

Der Dritten Welt fehlt es an Kapital und Know-how, um die Wirtschaft zu diversifizieren, um damit die Abhängigkeit vom industrialisierten Ausland zu vermindern, um die nationale Selbstversorgung zu fördern und um die Einkommensbasis der Bevölkerung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern.

Der heutige Warenaustausch zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen kann auf den folgenden vereinfachten Nenner gebracht werden: Die armen Länder müssen ihre Rohstoffe zu billigen Preisen verkaufen und zu hohen Preisen die notwendigen Investitionsgüter in den reichen Ländern kaufen.

Neben den komplexen wirtschaftlichen gibt es ebenso schwierige soziale Probleme, die in den Entwicklungsländern einer Lösung harren. Stichwortartig seien erwähnt: die wegen mangelnder oder einseitiger Ernährung schlechte Volksgesundheit, die Lethargie der Bevölkerung, das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Oberschicht gegenüber dem Volk, die Korruption, Ausbeutung und Unterdrückung.

Ungenügende Leistungen . . .

Ziel der Entwicklungshilfe ist es, die Dritte Welt in der Beseitigung der Armut und in der Überwindung der wirtschaftlichen Kluft zwischen ihr und den Industrienationen zu unterstützen. Dabei wird es sich stets um einen relativ bescheidenen Beitrag handeln, selbst dann, wenn die gegenwärtig ungenügenden Entwicklungsleistungen erheblich erhöht werden. Die Dritte Welt hat die Hauptlast und -verantwortung zu tragen. Schon bisher entfielen rund 80 Prozent der Gesamtaufwendungen auf Eigen-

leistungen der Entwicklungsländer. In den Industrieländern wird dieser Umstand im Widerstreit um vermehrte Entwicklungshilfe häufig übersehen. 1968 machten beispielsweise die staatlichen Leistungen der westlichen Industrienationen lediglich 2 Prozent des Gesamteinkommens der Entwicklungsländer aus. In den letzten Jahren stammten rund 10 Prozent der in der Dritten Welt getätigten Investitionen aus staatlichen Hilfsmitteln der Industrienationen. Rund 20 Prozent der Exporte nach Entwicklungsländern wurden im Durchschnitt auf diese Weise finanziert.

Nach den Angaben des Development Assistance Committee (DAC) der OECD stieg der Netto-Kapitalfluss an privaten und staatlichen Mitteln der 16 dem DAC angehörenden Länder (Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Holland, Italien, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, USA) 1970 gegenüber dem Vorjahr von 13,680 Milliarden Dollar auf 15,552 Milliarden Dollar. In der Erhöhung von 1,872 Milliarden Dollar sind Leistungen privater Entwicklungshilfeorganisationen im Betrag von 840 Millionen Dollar enthalten, die 1970 zum erstenmal in die DAC-Statistik aufgenommen wurden. Seit 1967 nimmt der Netto-Kapitalfluss in die Dritte Welt, der meist als Entwicklungsleistungen deklariert wird, in absoluten Zahlen von Jahr zu Jahr zu. 1969 bis 1970 wuchs das Total – ohne Berücksichtigung der privaten Entwicklungshilfeorganisationen – um rund eine Milliarde Dollar oder 7,5 Prozent. Zieht man jedoch die in den globalen Zahlen enthaltenen Preiserhöhungen von rund 3,5 Prozent ab, so bleibt eine reale Zuwachsquote von lediglich 4 Prozent. Das Volumen der Entwicklungsleistungen, gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) der Industrienationen, zeigt allerdings ein mehr oder weniger konstantes Niveau. Seit 1964 schwankt der Anteil des Netto-Kapitalflusses am BSP der DAC-Länder zwischen 0,74 und 0,78 Prozent. 1970 fiel er wieder auf die 0,74 Prozent des Jahres 1964 zurück, nachdem er zwischendurch (1965 und 1968) 0,78 Prozent erreicht hatte. Zählt man 1970 die erstmals erfassten Leistungen der privaten Entwicklungshilfeorganisationen hinzu, dann erhöht sich der Anteil erneut auf 0,78 Prozent.

1970 entfielen von den total 15,552 Milliarden Dollar 7,948 Milliarden Dollar auf den öffentlichen und 7,604 Milliarden Dollar auf den privaten Sektor (inklusive private Entwicklungshilfeorganisationen). Die eigentliche staatliche Hilfe stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 190 Millionen Dollar oder knapp 3 Prozent auf 6,813 Milliarden Dollar. Die übrigen staatlichen Leistungen verdoppelten sich fast und beziffern sich 1970 auf 1,135 Milliarden Dollar. Gemessen am Bruttosozialprodukt der DAC-Länder weist deren staatliche Hilfe aber seit 1961 einen sinkenden Trend auf. Machte die öffentliche Entwicklungshilfe vor rund 10 Jahren noch 0,54 Prozent des BSP aus, so betrug sie 1970 nur noch 0,34 Prozent. Demgegenüber nahmen in der gleichen Periode die privaten Leistungen von 0,41 auf 0,44 Prozent des BSP zu, wobei sie allerdings vorübergehend

auf 0,24 Prozent (1963) hinunterfielen. Die absolute Steigerung im privaten Sektor seit 1961 von 3,106 auf 7,604 Milliarden Dollar im Jahre 1970 ist vor allem auf grössere Direktinvestitionen und höhere Exportkredite zurückzuführen.

... und unvollständige Statistik

Trotz unzähligen Appellen zugunsten der Entwicklungshilfe zeigen die DAC-Zahlen, dass die Gesamtleistungen der Industrienationen, gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt, praktisch konstant bleiben und dass sich die eigentliche staatliche Hilfe verringert, während die meist gewinnbringenden Aufwendungen des privaten Sektors leicht zunehmen. Das bereits deprimierende Resultat führt vollends zur Enttäuschung, wenn man die DAC-Statistik etwas genauer unter die Lupe nimmt. Sie ist einerseits irreführend und anderseits unvollständig.

Die Statistik spricht vom Nettokapitalstrom (Net Flow of Financial Resources) und fasst unter diesem Titel Geschenke, Direktinvestitionen, Darlehen, Exportkredite usw. zusammen. Die verschiedenen Kategorien, die teils echte Hilfe, teils lukrative Geschäfte beinhalten, lassen sich genau genommen nicht zu einem Total aufaddieren. Wird dies dennoch gemacht, so müsste die Gesamtsumme stets von einer Umschreibung begleitet sein. Die Praxis zeigt, dass der Begriff des Nettokapitalstroms auf dem Weg von der OECD über die Presse zur Öffentlichkeit häufig in «Entwicklungshilfe» uminterpretiert wird, wodurch eine bewusste oder unbewusste Irreführung entsteht.

Unvollständig ist die DAC-Statistik deshalb, weil sie längst nicht alle Kapitalrückflüsse aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten erfasst. Gunnar Myrdal zitiert in seinem Buch «Politisches Manifest über die Armut in der Welt» («The Challenge of World Poverty») den liberalen amerikanischen Senator Charles Mc C. Mathias Jr., der feststellte: «Die Kapitalflüsse aus Lateinamerika in die Vereinigten Staaten sind heute viermal so stark wie der Kapitalfluss in die umgekehrte Richtung. Die Länder Lateinamerikas gewähren den Vereinigten Staaten, dem reichsten Land der Welt, tatsächlich eine Art Auslandhilfe.» Gunnar Myrdal kritisiert die DAC-Statistik in einem mehrseitigen Abschnitt seines Buches und vertritt die Auffassung, «dass die DAC-Statistiken, die überall als massgebend zitiert werden, das Problem völlig offen lassen, wie hoch der gesamte Nettozufluss privater Kapitalhilfe von den entwickelten zu den unterentwickelten Ländern ist, und vor allem, ob ein solcher Nettozufluss in vielen unterentwickelten Ländern überhaupt vorhanden ist und nicht vielmehr ein Abfluss».

So sinnvoll eine internationale Statistik über die Entwicklungsleistungen ist (beispielsweise für den Ländervergleich), so sinnlos wird sie dann, wenn sie problematische Zusammenfassungen enthält, zu falschen Schlussfolgerungen verleitet und der Unvollständigkeit bezichtigt werden muss.

Eine unmissverständliche und möglichst umfassende Statistik gehört an den Anfang einer seriösen internationalen Entwicklungsstrategie. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die DAC-Statistik in der gegenwärtigen Form die Entwicklungsleistungen der Industrienationen überwertet und den Anschein von weit höheren Aufwendungen erweckt, als der Wirklichkeit entsprechend. Meinungsumfragen in verschiedenen Industrieländern zeigen, dass grosse Bevölkerungsteile die nationalen Entwicklungsleistungen für genügend oder bereits für zu gross halten. Für eine Erhöhung plädierten in der Schweiz noch 34 Prozent, in Japan 29 Prozent, in Frankreich 27 Prozent, in Italien 18 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien nur noch je 9 Prozent.

Die UNO-Empfehlungen als Massstab

Ausgehend von der gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer postuliert die Entwicklungsstrategie, welche die UNO-Generalversammlung guthiess und die als Richtmass für die zu erbringenden Leistungen dient, folgende Zielsetzungen für das zweite Entwicklungsjahrzehnt:

Die mittlere jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes soll in den Entwicklungsländern bis 1975 6 Prozent betragen; für die zweite Hälfte des Jahrzehnts wird ein noch höherer Prozentsatz angestrebt.

Gleichzeitig wurde auch eine jährliche Wachstumsrate des BSP pro Kopf der Bevölkerung festgelegt; sie soll 3,5 Prozent betragen. Wird diese jährliche Zuwachsquote erreicht, so verdoppelt sich das durchschnittliche Einkommen pro Kopf innert 20 Jahren, sofern sich die Bevölkerung in der Dritten Welt nicht um mehr als 2,5 Prozent vermehrt.

Um diese globalen Richtsätze zu verwirklichen, soll in den Entwicklungsländern jährlich die landwirtschaftliche Produktion um 4 Prozent und die industrielle Produktion um 8 Prozent zunehmen. Die Importe müssen pro Jahr um 7 Prozent und die Exporte um etwas mehr als 7 Prozent ansteigen. Ferner sollen sich die Inlandersparnisse jährlich um 0,5 Prozent des BSP erhöhen, um Ende 1980 20 Prozent des BSP zu erreichen.

Hand in Hand mit diesen wirtschaftlichen Zielsetzungen sind die allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern. Dazu gehören unter anderem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Ausbau des Schul- und Ausbildungswesens, die Sicherstellung einer genügenden Ernährungsbasis, die Hebung der Volksgesundheit und die Schaffung von menschenwürdigen Wohnverhältnissen.

Zur Realisierung der gesteckten Ziele sind erhöhte Entwicklungsleistungen der Industrienationen notwendig. Sie sollen ab 1972, spätestens jedoch ab 1975 1 Prozent des BSP ausmachen. Bei der staatlichen Hilfe ist vorgesehen, diese bis Mitte der siebziger Jahre auf 0,7 Prozent des BSP zu erhöhen.

Entwicklungspolitischer Nutzeffekt anstelle der Rentabilität

Selbst wenn man die für die Industrienationen günstige DAC-Statistik als Ausgangsbasis nimmt, so müssen die Entwicklungsleistungen – vor allem im staatlichen Sektor – dennoch wesentlich verstärkt werden, um die UNO-Empfehlungen zu erfüllen. Dabei geht es nicht nur um die quantitative, sondern ebenso um die qualitative Verbesserung. Die Ausgestaltung der Leistung ist in vermehrtem Masse nach dem entwicklungs-politischen Nutzeffekt auszurichten. Bisher hat man häufig lediglich den wirtschaftlichen Fortschritt in den Entwicklungsländern angestrebt, der eng mit der wirtschaftlichen Rentabilität – dem Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag – verknüpft ist. Der soziale Ausgleich, beispielsweise durch Agrarreformen oder durch bessere Einkommens- und Vermögensverteilung anvisiert, ist in der Dritten Welt aber wichtiger als die Rentabilität. Es lohnt sich unter Umständen, eine geringere Wirtschaftlichkeit in Kauf zu nehmen, dafür jedoch grössere Teile der Bevölkerung am bescheideneren wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen. Punktuell hohe Wirtschaftlichkeit wirkt sich keineswegs automatisch auf das Gesamte positiv aus. Im Gegenteil: sie kann bestehende soziale Unterschiede vergrössern und neue schaffen, woraus sich leicht politische Spannungen ergeben. Wir müssen uns davor hüten, aus unserem Rentabilitätsdenken einen ideologischen Exportartikel für die Dritte Welt zu machen.

So wenig wir die Qualität der Entwicklungsleistung bloss nach der Wirtschaftlichkeit messen dürfen, so wenig sollten wir bei der Auswahl von Entwicklungsprojekten und -ländern allein die Entwicklungsfähigkeit in den Vordergrund stellen. Dieses Auswahlkriterium bedeutet zwangsläufig, dass vor allem jene Länder als Empfänger der Hilfe in Betracht kommen, die bereits eine gewisse wirtschaftliche Entwicklungsstufe erreicht haben. Genauso wie innerhalb eines Entwicklungslandes der soziale Ausgleich beachtet werden muss, ist auch unter den einzelnen Staaten eine möglichst ausgeglichene Entwicklung anzustreben, die politische Spannungen zwischen den Ländern abbaut und verhindert. Grundsätzlich hat der entwicklungs-politische Effekt der Hilfe also darin zu bestehen, dass er regional ausgewogene Entwicklungsprozesse einleitet und fördert, die das wirtschaftliche und soziale Gefälle innerhalb eines Landes und zwischen den Ländern beseitigt.

Notwendige Strukturreformen

Im gesamten Bereich der Entwicklungsleistungen drängen sich strukturelle Änderungen auf, und zwar von der technischen Hilfe bis hin zu den handelspolitischen Massnahmen. Mehr noch: Die Industrienationen müssen mindestens teilweise ihre eigenen Wirtschaftsstrukturen korrigieren, damit den Entwicklungsländern aus der engen Zusammenarbeit keine neuen Nachteile erwachsen. Almosen – auch wenn sie besser und grösser sind – genügen nicht. Die Völker der industrialisierten Zonen haben in

der Hilfe an die Dritte Welt die internationale soziale Verpflichtung als Ausdehnung der sozialen Verantwortung über die nationalen Grenzpfähle hinaus zu erkennen. Wenn dieser Umdenkungsprozess vollzogen ist, wird die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit und zu eigenen Strukturreformen zugunsten der anderen wachsen. Dann werden bei den verschiedenen Formen der Entwicklungsleistungen die strukturellen Änderungen auch leichter zu verwirklichen sein, von denen im folgenden einige Elemente kurz skizziert werden:

In der technischen Hilfe muss die internationale Koordination verstärkt werden, damit sich die einzelnen Projekte besser in die nationalen und regionalen Entwicklungskonzepte einordnen lassen und den sozioökonomischen Prioritäten entsprechen. Diese Forderung impliziert keineswegs die Absage an die bilaterale technische Hilfe zugunsten der multilateralen. Sie bedingt jedoch, dass die Entwicklungsländer aus eigener Kraft oder mit Unterstützung von aussen Entwicklungspläne aufstellen, denen sich sowohl internationale wie nationale Hilfsorganisationen in ihrer Arbeit unterziehen müssen. Bei der technischen Hilfe, die sich auf die Vermittlung von Wissen und Können konzentriert, ist der optimalen Ausstrahlung der Projekte (Multiplizierung der initiierten Leistung im Sinne des Schneeballsystems) unter Berücksichtigung der dezentralisierten Entwicklung grössere Beachtung zu schenken.

Bei der Finanzhilfe drängt sich die Forderung auf, dass Darlehen zwar zweckgebunden sein können, aber nicht zum Kauf von Produkten des Kreditgeberlandes verpflichten. Die an Warenkäufe gebundene und rückzahlbare Entwicklungsleistung verteuert sich für die Entwicklungsländer durchschnittlich um rund 15 Prozent. Die Kreditbedingungen sollten möglichst kulant sein und den Normen angepasst werden, wie sie im Pearson-Bericht erwähnt werden: Zinssatz von höchstens 2 Prozent, 25- bis 40-jährige Laufzeit und tilgungsfreie Periode von 7 bis 10 Jahren.

Die Finanzhilfe wird zweckmässigerweise in erster Linie über internationale Organisationen eingesetzt, beispielsweise über die Weltbank und ihre Tochtergesellschaften oder über regionale Entwicklungsbanken. Dadurch kann die Gefahr der wirtschaftlichen und politischen Einflussnahme von seiten des Geber- auf das Empfängerland verhindert werden.

Die in den meisten Industrienationen eingeführte staatliche Investitionsrisikogarantie lässt sich als geeignetes Lenkungsinstrument der Entwicklungspolitik verwenden, wenn die Gewährung der Garantie selektiv erfolgt. Folgende Kriterien sind dabei zu beachten:

1. Bevorzugung von Investitionen in der verarbeitenden Industrie und bei den Dienstleistungen. Für die Ausbeutung rentabler Bodenschätze lassen sich genügend Investoren finden, die auch ohne staatliche Garantie ins Geschäft einsteigen.

2. Bei Investitionen in der verarbeitenden Industrie ist darauf zu achten, dass die Investoren ihr finanzielles Engagement nicht von der Ge-

währung eines Zollschatzes gegenüber importierten Konkurrenzprodukten abhängig machen, um sich eine Monopolstellung aufzubauen.

3. Die Investitionen sollten dort, wo es technisch möglich ist, für arbeitsintensive Produktionsmethoden verwendet werden, selbst wenn dadurch Produktivität und Ertrag nicht optimal sind. In fast allen Entwicklungsländern ist jetzt die Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig.

Wie die Investitionsrisikogarantie kann ebenfalls die Exportrisikogarantie – wenn auch etwas anders geartet – als Lenkungsinstrument ausgestaltet werden. Neben der Exportrisikogarantie und den internationalen Rohstoffabkommen lassen sich die handelspolitischen Chancen der Dritten Welt insbesondere durch Zollpräferenzen erhöhen, die ihr die Industrienationen einräumen. Nach langen Vorarbeiten im GATT, in der OECD und der UNCTAD wurde das Prinzip der Zollpräferenzen international gutgeheissen. Leider war es jedoch nicht möglich, sich auf ein gemeinsames Vorgehen der Industrieländer zu einigen. Die Bemühungen dürfen deswegen nicht aufgegeben werden, wenigstens die verschiedenen Systeme der Zollsenkungen zugunsten der Entwicklungsländer einander anzugleichen. Um die Zollpräferenzen möglichst wirksam zu machen, müssen sie mit flankierenden Massnahmen ergänzt werden. Dazu gehört unter anderem, dass man den Entwicklungsländern hilft bei der marktgerechten Verarbeitung ihrer Exportprodukte und der Erschliessung neuer Absatzmärkte, beispielsweise durch die Schaffung einer internationalen Zentrale der Importförderung aus der Dritten Welt.

Der Einbezug der privaten Direktinvestitionen ohne staatliche Garantie in die internationale Entwicklungsstrategie stellt wohl das schwierigste Problem dar. Es ist in erster Linie Sache der Entwicklungsländer, diese Investitionen durch Gesetze und Verordnungen zu kanalisieren und zu kontrollieren. Aus politischen oder gewinnsüchtigen Gründen der regierenden Oberschichten unterbleiben solche Massnahmen häufig oder – falls sie formaljuristisch bestehen – lassen sie sich leicht umgehen. Da es sich bei den privaten Direktinvestitionen um gewinnbringende Aufwendungen handelt, sollten sie jedenfalls aus der DAC-Statistik herausgenommen und separat aufgeführt werden. Bevor man über ihren entwicklungspolitischen Effekt, der durchaus gegeben sein mag, urteilen kann, müssen endlich umfassende Unterlagen über die Höhe, den jährlichen Zufluss sowie den Abfluss des Investitionskapitals und über die Repatriierung von Gewinnen und Lizenzerträgen usw. erhältlich sein.

Die Entwicklungshilfe, die immer mehr einer weltweiten Entwicklungsstrategie bedarf, ist längst nicht mehr eine Frage von Almosen. Die Komplexität der Probleme in der Dritten Welt verlangt mehr von uns: Wir müssen unsere Einstellung ändern und den Entwicklungsländern helfen, das zu tun, was wir bei uns auf weite Strecken versäumt haben, nämlich den Menschen nicht in den Dienst des Fortschritts, sondern den Fortschritt in den Dienst aller Menschen zu stellen.